Sauerländisches Volksblatt

Ältester Anzeiger für das Sauerland — SV — Begr. 1849. — **Amtliches Kreisblatt des Kreises Olpe**

Das „S. V." erscheint jeden Werktag früh und kostet monatlich a) durch die Post und unsere Boten 1,90 G.-M. einschl. Bestellgeld b) in unserer Geschäftsstelle abgeholt 1,50 G.-M. Einzelpreis 10 G.-Pfg Bestellungen nehmen alle Postanstalten sowie jeder Briefträger entgegen Störungen durch höhere Gewalt und Ausstand rechtfertigen keine Ersatzansprüche. :: Geschäftsstellen Frankfurterstr. 16 und Bahnhofstr. 8. — Fernruf 2. Postscheckkonto Köln 10158

Anzeigenpreise: 1 Millimeter Höhe in der 35 Millimeter breiten Spalte im Ortsverkehr 8 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennige;; Reklamen 1 Millimeter Höhe in der 75 Millimeter breiten Text-Spalte 40 Goldpfennige. Auslandsanzeigen: Valutaaufschlag. Bei Auskunft und Offerten-Annahme und Weiterbeförderung entsprechende Zuschläge. Anzeigen-Rechnungen sind innerhalb 8 Tagen zahlbar, andernfalls Zinszuschläge in Höhe der Bankzinsen . . .

Nr. 254 — **Olpe, Dienstag, den 28. Oktober 1924** — **84. Jahrg.**

Hartnäckige Fälschungen.

Einige Zeit, nachdem im Anschluß an den Katholikentag in Hannover die von dem Reichskanzler Marx präsidierte Versammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland stattgefunden hatte, erschien plötzlich in irgend einem Blatt ein Versammlungsbericht, in welchem durchaus fälschlicherweise dem Reichskanzler eine Redewendung unterlegt wurde, die inzwischen stark agitatorisch ausgenutzt worden ist und trotz aller Feststellungen von ihrer Unwahrheit weiter kursiert. Es hat den Anschein, als wenn diese angebliche Aeußerung nun auch im Wahlkampf verwandt werden soll. Deshalb erscheint es geboten, die Dinge nachdrücklich klarzustellen.

Die Ortsgruppe Dortmund des Hypothekengläubiger- und Sparerschutzverbandes hat unter dem 13. September 1924 an den Reichskanzler Dr. Marx folgenden Brief gerichtet:

Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Nach uns vorliegenden Zeitungsnachrichten haben Sie auf dem Katholikentag in Hannover am 2. ds. Mts. unter anderem die Redewendung gebraucht: „Wenn das blöde Volk, mit seinen Ansprüchen nicht aufhört, muß der Staat schließlich auseinanderfallen" und daran anschließend über die Aufwertungsfrage gesprochen. Wir müssen nun annehmen, daß Sie mit dem Ausdruck „blödes Volk" die nach Millionen zählenden und um ihre sauer ersparten Notgroschen für das Alter betrogenen und im Hypothekengläubiger- und Sparer-Schutzverband für das Deutsche Reich zusammengeschlossenen Sparer meinen. Wenn wir auch verstehen können, daß es Ihnen, sehr geehrter Herr Reichskanzler, nicht angenehm ist, von seiten der Betrogenen immer wieder auf die einzig in der Welt dastehende verfassungs- und rechtswidrige Entrechtung der Altersselbstversorger und Sparer durch die dritte Steuernotverordnung aufmerksam gemacht zu werden, so finden wir den Ausdruck „blödes Volk" im Munde eines Staatsmannes doch durchaus nicht angebracht. Wir kennen diesen Ausdruck uns gegenüber bisher nur aus dem Munde derer, die ihren Gewinn nicht den Sparkassen oder sonstwie der Volkswirtschaft und dem Reich und den Gemeinden zur Verfügung gestellt, sondern die ihr Geld in schlauer Voraussicht der kommenden Dinge außerhalb des Deutschen Reiches angelegt, oder in Sachwerten verhamstert haben. Wir verbitten uns von dem ersten leitenden Beamten des Reiches jedenfalls eine derartige Ausdrucksweise und stellen fest, daß sie ebenso unbegründet wie ungehörig ist.

Ihre Befürchtung, daß der Staat auseinanderfallen könne, ist gerade dann begründet wenn eine so ungeheuerliche Diktaturgesetzgebung, wie sie unter Ihrer Kanzlerschaft den Sparern gegenüber durchgeführt werden soll, als Zeichen dafür bestehen bleibt, daß der Wiederaufbau unter Beseitigung des Grundsatzes von Treu und Glauben versucht werden soll. Gerechtigkeit ist die Grundlage des Staates, oder hat er keine?"

Dieser Brief macht gegenwärtig die Runde in einer gewissen Presse. Wir wollen zunächst feststellen, daß der Kanzler niemals und vor allem nicht bei der Tagung in Hannover eine derartige Aeußerung gemacht hat, wie sie ihm oben in den Mund gelegt wird. Wer den Kanzler persönlich kennt, weiß, daß ihm solche Formulierungen absolut nicht liegen, daß aber auch seiner ganzen Einstellung entsprechend ihm eine solche Ausdrucksweise vollständig fern liegt. Im übrigen verfügen wir über das Stenogramm der damaligen Ausführungen u. daraus ergibt sich daß der Reichskanzler mit keinem Worte etwas Aehnliches gesagt hat. Diese Feststellungen sind sofort in der „Germania" und in der ganzen katholischen Presse gemacht worden. Wir fügen nun auch noch den Brief an, den der Reichskanzler Marx selbst unter dem 25. September auf das obige Schreiben veranlaßt hat. Er lautet:

Sehr verehrter Herr!

Sie haben in einem Schreiben vom 13. ds. Mts. meine Ausführungen in der Versammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland in Hannover vom 2. September ds. Js. behandelt, gleichzeitig aber auch den Brief durch die Presse veröffentlichen lassen. Ich halte es nicht für meiner Stellung angemessen, auf Briefe näher einzugehen, die in einem solchen Ton gehalten sind wie der von Ihnen mir zugesandte. Im übrigen ist Ihr Schreiben schon ohne mein Zutun in durchaus zutreffender Weise durch einen Artikel in Nr. 411 der Germania vom 24. September behandelt. Ich habe den Ausführungen dieses Artikels, dessen Verfasser mir unbekannt ist, nichts hinzuzusetzen. Ich kann nur betonen, daß ich aufs entschiedenste bestreite, einen Ausdruck, wie der von Ihnen mitgeteilte, gebraucht zu haben. Wenn man solche Folgerungen aus angeblichen Aeußerungen zieht, wie es in Ihrem Briefe geschehen ist, ohne daß man sich zunächst darüber vergewissert ob die aufgestellte Behauptung auch der Wahrheit entspricht, so richtet sich ein solches Vorgehen von selbst.

Hochachtend
gez. Marx."

Diese Feststellungen sind geboten, wenngleich wir uns nicht der Hoffnung hingeben, daß eine von derartigen hartnäckigen Fälschungen geradezu lebende Gegnerschaft endgültig der Wahrheit die Ehre gebe.

Zentrumswähler im Kreise Olpe

Wiederum stehen wir vor der Notwendigkeit,

einen neuen Reichstag

zu wählen. Die unglückselige Uneinigkeit in unserm Volke und im Reichsparlemente hat dazu geführt. Der

beginnende Aufstieg

unsers Vaterlandes ist jäh unterbrochen. Tragen wir Sorge, daß der Schaden nicht allzu groß wird. Alle Parteien rüsten zum Kampfe.

Die Zentrumspartei

braucht ihn nicht zu fürchten,

die Erfolge ihrer Politik

liegen klar zu Tage. Es wird ein Leichtes sein, die

politischen Wege und Ziele unserer Partei

im Wahlkampfe zu verteidigen. Schwerer wird es sein, die Wahlmüden aufzurütteln, sie zur Verteidigung unserer Ideale zu begeistern.

Wahlarbeit in unserm Sinne ist Arbeit für das Vaterland.

Darum hinweg mit allen kleinlichen Bedenken, hinweg vor allem mit aller Wahlmüdigkeit. Unsern Brüdern in Schlesien wollen wir es nachmachen!

Unser Führer Marx sei uns auch im Wahlkampfe ein Vorbild von Pflichterfüllung

gegenüber dem Vaterlande.

Darum auf zu intensiver, unverdrossener Wahlarbeit für Wahrheit, Freiheit und Recht!

Das Kreisk. beginnt die Wahlarbeit am nächsten Mittwoch, dem 29. d. Mts. mit einer Sitzung des Kreisvorstandes und der Amtsvorsitzenden im Hotel Biggemann zu Finnentrop. Es sollen dort die Vorbereitungen zur Wahlarbeit besprochen und entsprechende Beschlüsse gefaßt werden, um sie der bald folgenden Kreiskomiteesitzung vorzulegen. Es ist im Interesse der wichtigen Sache dringend erwünscht, daß alle Vorstandsmitglieder und Amtsvorsitzenden vollzählig erscheinen.

Altenhundem, den 26. Oktober 1924.

Kreisleitung der Zentrumspartei im Kreise Olpe.

Der Zentrumsparteitag.

)(**Berlin,** 27. Okt. Heute begannen im großen Sitzungssaal des Preußischen Landtages die Beratungen des dritten Zentrumsparteitages. Aus allen Teilen des Landes war der Parteitag äußerst zahlreich beschickt. Die Delegierten hatten auf den Bänken der Abgeordneten Platz genommen. Auf der Ministerbank sah man den Führer der Preußischen Zentrumsfraktion, Geh. Rat Dr. Porsch, neben ihm den Vorsitzenden der Zentrumsfraktion des Reichstages, Reichskanzler a. D. Fehrenbach, und die Mitglieder des Vorstandes; außerdem waren viele Abgeordnete des Reichs- und Landtages erschienen. Am Parteitag nahmen außerdem zwei Vertreter der Christlichsozialen Partei des österreichischen Nationalrates teil. Des ferneren waren anwesend Zentrumsvertreter aus Danzig und dem Saargebiet.

Pünktlich um 9 Uhr wurde die Tagung durch den Reichskanzler als den Vorsitzenden der gesamten Partei eröffnet. In kurzen aber markigen Einleitungsworten faßte Marx Sinn, Ziel, Zweck und Kern der Zentrumspolitik zusammen. Das Zentrum ist die Partei der Mitte und muß die Partei der Mitte bleiben. Sie ist damit der gegebene Träger der Politik der Mitte und des Ausgleichs. Die gegnerische Presse und an ihrer Spitze deutschnationale Organe such'en jetzt im Lande den Eindruck zu erwecken, als ob das Zentrum zum Zwecke der Eigenerhaltung die Reichstagswahlen herausbeschworen habe. Sie knüpfen daran die gehässige und unwahre Bemerkung, es habe sich gezeigt, daß das Zentrum die Partei über das Vaterland stelle. Diese Versuche, das Zentrum ins Unrecht zu setzen, gehören zu den schwersten Verleumdungen, die man jemals gegen das Zentrum gerichtet habe. Der Reichskanzler hat deshalb mit um so größerem Recht und mit der notwendigen Deutlichkeit und Klarheit diese Angriffe zurückgewiesen.

Das Zentrum habe bei jeder Gelegenheit durch die Tat bewiesen, daß es Volk und Vaterland und das Wohl der Gesamtheit über die Partei stelle. Ja, es habe dies getan fast bis zur Selbstaufopferung. Objektive Politiker aus allen Lagern haben dem Zentrum das Zeugnis ausgestellt, daß es wahrhaft staatserhaltende Politik im besten Sinne und unter eigenen Opfern getrieben hat.

Der Reichskanzler begrüßt sodann unter lebhaftem Beifall den Führer der Preußischen Zentrumsfraktion, Präsident Dr. Porsch und spricht den zwei Vertretern der Christlichsozialen Partei des österreichischen Nationalrates einen herzlichen Willkommengruß aus. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen). Gleiche Art und gleiche Gesinnung verbindet uns mit unseren Brüdern in Oesterreich. Unsere Herzen sind miteinander verbunden und bleiben miteinander verbunden. (Lebhafte Zustimmung).

Der Reichskanzler umschreibt dann die Aufgaben des gegenwärtigen Parteitages. Er soll insbesondere der Aussprache gewidmet sein, darum ist das ursprüngliche Programm mit den Einzelreferaten aufgegeben worden. Es wird jetzt nur der Reichskanzler ein grundsätzliches Referat über die Aufgaben der Partei erstatten, worauf der Vorsitzende der Reichstagsfraktion, Fehrenbach, den Rechenschaftsbericht darüber geben wird, welche Gründe die Reichstagsfraktion zu ihrer Haltung bei den letzten politischen Ereignissen bestimmt haben.

Der Vorsitz wird vom Reichskanzler nunmehr dem Ministerpräsidenten a. D. Stegerwald übergeben. Darauf nimmt der Reichskanzler selbst das Wort zu seinem Referat über die Zukunftsaufgaben der Zentrumspartei. (Mit der Veröffentlichung dieser Rede werden wir in der nächsten Nr. beginnen.

Die Aussichten des Parteitages.

Dem Verlauf des jetzt zusammengetretenen Parteitages sieht man in führenden Kreisen der Partei, wie uns aus der Reichshauptstadt gemeldet wird, mit größter Zuversicht entgegen. Das Zentrum kann dank seiner Haltung im Fortgang der letzten Regierungskrisis sowohl der Problemstellung auf dem Parteitag, wie auch dem Ergebnis der Auseinandersetzungen mit absoluter Selbstsicherheit entgegentreten. Die Erwartungen, die man an das Ergebnis der Beratungen dieses Parteitages im Sinne einer Verstärkung der Position des Zentrums, im Sinne aber auch einer inneren Geschlossenheit knüpft, dürften wie wir voller Ueberzeugung heute schon sagen können, sicherlich gerechtfertigt werden. Das Zentrum wird auch diesen kommenden Wahlkampf nur unter großen Gesichtspunkten führen, und vor allem maßgebend wird, der ganzen Entwicklung in den letzten Jahren entsprechend, die Außenpolitik im Vordergrunde stehen. Diese Linie wird einmütig vom Reichsparteitag gebilligt werden.

Es handelt sich auch heute noch um Leben und Sterben des Staates. Zuerst müssen wir den Staat aufbauen, ehe den Interessen einzelner Personen und Gruppen in dem von ihnen gewünschten Sinne Rechnung getragen werden kann. Der Staat ist sozusagen im Zustande der Notwehr und das Zentrum, das sich immer als eine Stütze des Staates erwiesen hat, wird in Wahrung der Interessen der Gesamtheit des Volkes auch auf diesem Parteitag sich zur Politik des Ausgleiches, der bewährten Politik der mittleren Linie von neuem als zur Richtschnur alles politischen Handelns und Strebens bekennen. Die Zentrumswählerschaft im Lande kann überzeugt sein, daß gerade von diesem Parteitag eine neue Kraftquelle für den Bestand und die innere Stetigkeit der Partei ausgehen wird.

Eine Fehl-Rechnung.

Vom Abgeordneten Thomas Esser-Euskirchen.

Die Kölnische Zeitung knüpft an die Veröffentlichung der Mitteilungen des Reichskanzlers Marx an das WTB über den Gang der Regierungskrise eine Redaktionsbemerkung, in der sie Folgendes behauptet:

„Den Nachweis, daß die Bildung einer sicheren Reichstagsmehrheit in dem alten Reichstag nicht möglich gewesen sei, scheint uns der Reichskanzler Marx nicht erbracht zu haben. Die Mehrheit von 11 Stimmen einer bürgerlichen Koalition wäre gewiß genügend gewesen, um damit eine Regierungsbildung zu versuchen."

Diese Rechnung der Kölnischen Zeitung ist nicht richtig; sie steht zum mindesten auf so schwachen und zweifelhaften Füßen, daß die Unterstellung, der Reichskanzler habe nicht wirklich alle gegebenen Möglichkeiten erschöpft, ehe er zur Reichstagsauflösung schritt, durchaus unhaltbar erscheint. Wie will die Kölnische Zeitung die sichere Mehrheit von 11 Stimmen herausrechnen? 105 Deutschnationale (nach dem Abschwenken eines Deutschnationalen zu den Deutschvölkischen) und 45 Deutsche Volkspartei (nach dem Uebertritt des früheren Demokraten Dr. Böhme) und 65 Zentrum und 16 Bayerische Volkspartei ergeben zusammen 231 Abgeordnete. An der Mehrheit fehlten bei 472 Abgeordneten also noch 6 Stimmen. Die Kölnische Zeitung zählt demnach offenbar ohne weiteres die Gruppe der Wirtschaftlichen Vereinigung mit ihren 15 Abgeordneten dieser Rechnung zu. Ist das berechtigt? Wir müssen die Frage mit aller Entschiedenheit verneinen, und zwar aus folgenden Gründen: 1. Die Wirtschaftliche Vereinigung **wollte nicht** in die Regierungskoalition,

2. selbst wenn sie gewollt hätte wäre sie ein so unsicherer Faktor gewesen, daß mit ihr nicht gerechnet werden kann.

Zum Beweise unserer ersten Feststellung können wir uns auf die wiederholten Erklärungen der Redner der Wirtschaftlichen Vereinigung im Reichstag beziehen, wonach diese Gruppe in scharfer Opposition zur Regierung besonders zum Reichskanzler Marx stehe. Diese Stellungnahme hat ihr Führer, der Abg. Dr. Bredt, auf dem am 29. September 1924 in Nürnberg stattgefundenen Parteitage, zu einer Zeit also, wo die Erweiterung der Regierung bereits vier Wochen lang Gegenstand öffentlicher Erörterungen war, ausdrücklich bestätigt. Er erklärte, nach dem offiziellen Bericht der Deutschen Mittelstandszeitung Nr. 21 vor dem Parteitage folgendes:

„Viel umstritten ist unsere Haltung zur Regierung. Es ist notwendig, daß wir Ihnen da einmal Klarheit geben. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß wir der Regierung nur Opposition gegenüberstehen können.

Dr. Bredt hat auch dem Parteitage ebenso wenig verraten, welcher Art seine Forderungen an den Reichskanzler waren, wie am 26. Juli im Reichstage, als er von der Linken dazu aufgefordert wurde. An seiner unzweideutigen Absage an die Regierung Marx ist aber nach obiger Erklärung nicht zu zweifeln.

Zweitens: Die Wirtschaftliche Vereinigung ist eine politisch so unzuverlässige Zusammenfassung von drei ungleichen Parteisplittern, daß man darauf keine Mehrheitsberechnung stützen kann. Das beweist die Haltung der Fraktion bei drei wichtigen namentlichen Abstimmungen, die der aufgelöste Reichstag vorgenommen hat. Das erste Mal, am 6. Juni, war abzustimmen zunächst über ein deutschnationales Mißtrauensvotum. Die sieben Wirtschaftler und vier Welfen (einer fehlte) stimmten mit ja, als für den Sturz der Regierung, die drei Bayerischen Bauernbündler mit nein, also für Beibehaltung der Regierung. Gleich darauf folgte die Abstimmung über einen Antrag der Regierungsparteien, der die Erklärungen der Reichsregierung billigte, also über ein Vertrauensvotum, — und jetzt — stimmten alle 14 mit 1a! Konsequenz ist also nicht die starke Seite dieses Fraktionchens. Das zweite Mal, am 26. Juli, erklärte Dr. Bredt in seiner Rede, es sei Pflicht, die Stellung der Reichsregierung, die sich damals zur Abreise nach London rüstete, dem Auslande gegenüber zu stärken. Bei der dann folgenden namentlichen Abstimmung über ein deutschvölkisches Mißtrauensvotum hatte aber Dr. Bredt das Lokal verlassen, und die sechs seiner Mannen, die im Hause blieben, enthielten sich der Abstimmung. 60 Prozent der Fraktion fehlten bei dieser wichtigen Entscheidung. Das dritte Mal handelte es sich um die Abstimmung **über die Dawesgesetze.** Die Wirtschaftliche Vereinigung stimmte diesen zu — „notgedrungen", wie Dr. Bredt in Nürnberg sagte, als es dann aber zur Abstimmung über den kommunistischen Antrag kam, die Verkündigung der Gesetze um zwei Monate hinauszuschieben, ein Antrag, der nichts weniger, als eine Sabotierung der vorherigen Beschlüsse bedeutete, proklamierte der große Taktiker Dr. Bredt Stimmenthaltung. Aber nur 10 seiner Getreuen folgten dieser Order; die Bauernbündler und der Abgeordnete Dunkel zeigten mehr Verständnis für politische Logik als ihr Fraktionsführer und stimmten mit nein. Das gleiche Schauspiel ergab sich bei der letzten Abstimmung über das völkische Mißtrauensvotum.

Wenn die Kölnische Zeitung auf einer solchen Gruppe konzentrierter politischer Konfusion eine „sichere Mehrheit" aufbauen will, so wird kein ernsthafter Kalkulator ihr darin folgen. Dem Reichskanzler Marx konnte jedenfalls nicht zugemutet werden, sich mit einem neuen Kabinett auf dieses morsche Eis zu begeben.

Unser Verhältnis zur Politik.

)*(**Olpe**, 27. Okt.

Viele wollen von „Politik" überhaupt nichts wissen. Sie sind zu bequem dazu oder halten vielleicht das Wort für wahr, daß Politik den Charakter verderben soll.

Es mag zugegeben werden, daß vielfach eine „saumäßige Politik" [illegible] wird. Aber darf das ein Grund sein sich [illegible] fernzuhalten? — Das gegenteilige Verhalten dürfte richtiger sein. Gerade, weil das politisch-parlamentarische Leben in Deutschland stellenweise so zerfahren ist, sollten sich alle verständigen Wähler endlich einmal ernstlich mit politischen Dingen beschäftigen und dazu beitragen, daß Parteien mit vernünftigen Zielen gestärkt werden.

Leo 13. sagt in der Encyklika „immortale Dei": „Es ist nicht erlaubt, zu scheiden zwischen den Pflichten des Privatmannes und jenen des Staatsbürgers, derart, daß die kirchliche Autorität im Privatleben Geltung habe, im öffentlichen dagegen keine Anwendung finde. Denn dies hieße Gutes und Schlechtes zusammentun und den Menschen in Zwiespalt setzen mit sich selbst; während er doch immer sich selbst gleich bleiben soll und in allen Dingen und **allen Lebensverhältnissen treu wahren die Tugenden des Christentums.**" — An einer anderen Stelle sagt Leo 13. über die Pflicht der Katholiken, am öffentlichen Leben sich zu beteiligen, folgendes: „Sie tun es nicht deshalb und dürfen es auch nicht, um das zu billigen, was im Staatsleben der Gegenwart nicht gut ist, sondern um das Staatsleben selbst, soweit als möglich, aufrichtig und wahrhaft dem öffentlichen Wohle anzupassen, dadurch, daß sie sich bestreben, die **Weisheit und Kraft der katholischen Religion wie ein heilkräftiges Lebensblut in die Adern des Staates zu leiten.**"

Zentrumsversammlung in Altenhundem.

Fortsetzung der Rede vom Abg. **Schmelzer.**

Ein ausschlaggebender Punkt bei den Verhandlungen um die Regierungserweiterung war also die Stellung zur jetzigen

Verfassung.

Im November 1918 wurde die alte Verfassung gewaltsam gestürzt, die Regierungen und Parlamente flogen auf usw. Die Regierung der „Volksbeauftragten" riß die Gewalt an sich. Dieser gesetzlose Zustand wurde beseitigt, als das deutsche Volk im Februar 1919 die Abgeordneten zur Nationalversammlung wählte und diese Volksvertretung das neue Staatsgrundgesetz — die Weimarer Verfassung — schuf. — Papst Leo 13. schrieb s. Zt. an die französischen Katholiken: „Die Zeit schafft Aenderungen im Leben der Staaten. Wird von irgend einer Seite die bisherige Staatsordnung umgestoßen, so ist es Pflicht der Nation, sich eine **neue Ordnung** zu schaffen und wenn diese erreicht ist, so ist es **Pflicht der Nation,** die neue Ordnung **anzuerkennen.**"

Fortgesetzt wird das Zentrum und seine Politik verächtlich gemacht, wegen des

„Zusammengehens mit den Sozialisten".

Was hätte es dann wohl gegeben, wenn das Zentrum gleich den DN. auch beiseite stand und die **Sozialisten hätte allein regieren lassen?** Hat das Zentrum denn dem Sozialismus geschaffen oder irgendwie begünstigt? Hat das Zentrum nicht vielmehr Deutschland vor der roten Flut gerettet? Eine kurze Statistik mag das letztere beweisen.

Der Wahlbezirk **Leipzig** zählt 3 Prozent Katholiken, 47,4 Prozent der abgegebenen Stimmen fielen auf die Sozialisten.

Chemnitz 3,72 Proz. Katholiken — 47,0 Proz. Soz.
Hamburg 5,03 Proz. Katholiken — 46,5 Proz. Soz.
Berlin 10,0 Proz. Katholiken — 45,0 Proz. Soz.
Baden 59,0 Proz. Katholiken — 26,0 Proz. Soz.
Koblenz 80,0 Proz. Katholiken — 14,9 Proz. Soz.
Köln 85,0 Proz. Katholiken — 25,0 Proz. Soz.
Oberbayern 89,35 Proz. Katholiken — 22,4 Prz. Soz
Niederbayern 95,96 Prz. Katholiken — 16,0 Prz. Soz.

Bismarck würde wohl genau so gehandelt haben wie das Zentrum es nach der Revolution gemacht hat. Er sagt nämlich, er gehe mit den Parteien und Parteikonstellationen, die die parlamentarische Macht besitzen und suche sie dem Staatswohle dienstbar zu machen; Das ganze Verfassungsleben sei eben eine Reihe von Konzessionen. —

Ferner muß im Kampfe gegen das Zentrum herhalten das Schlagwort von der

Erfüllungspolitik.

Die „Erfüllungspolitik" ist nichts anderes als die **Liquidierung des verlorenen Weltkrieges.** — **Wer** trägt denn die Schuld, daß der Krieg bis zum vollständigen Erliegen **fortgesetzt wurde, obschon die Eingeweihten schon jahrelang vorher wußten,** daß irgend eine Aussicht auf Erfolg und Sieg **nicht** bestand? — Der vielgeschmähte Erzberger und die Zentrumspartei sicherlich nicht. Man wirft Erzberger und der Partei ja vor, sie hätten schon auf früheren Friedensschluß gedrängt. Das ist richtig und es gereicht wahrlich niemand zur Unehre. — Wir befinden uns da in „guter Gesellschaft". Der **Kronprinz** hat zweimal auf Friedensschluß gedrängt; einmal nach der Marneschlacht und das andere Mal nach dem mißglückten Stoß auf Verdun. — **General Hoffmann** hat den widersinnig in die Länge gezogenen Weltkrieg „einen Krieg der versäumten Gelegenheiten" genannt. — Und wie gings dem **Staatssekretär Kühlmann?** Er drängte im Frühjahr 1918 mit Gewalt auf den Abbruch der Kriegshandlungen und — er mußte auf Betreiben der Obersten Heeresleitung sein Amt niederlegen. —

Nicht schweigen will weiter die Hetzrede von der

Unterzeichnung des Versailler Vertrages.

Wie haben die Deutschen es denn gemacht, als die Sowjetleute den Frieden von Brest-Litowsk nicht unterzeichnen wollten? Haben wir da den **Krieg nicht weiter nach Rußland getragen** so lange bis der Vertrag unterzeichnet wurde? Hätten unsere Gegner es nicht genau so gemacht? Standen ihre Bataillone nicht vollständig bereit zum Marsch auf Berlin? Und ich bin der Ueberzeugung wenn die Deutschnationalen, die ostelbischen Junker den Feind an der Elbe hätten stehen sehen, sie wären dann die ersten gewesen, die unterzeichnet hätten

(Fortsetzung folgt.)

Abschied der Preußischen Zentrumsfraktion.

Nach Auflösung des Landtages und vor seinem Auseinandergehen veranstaltete die Zentrumsfraktion des Preußischen Landtages die stets auf eine gute und gediegene Geselligkeit hielt, noch einmal einen gemütlichen Abend. Weit über diesen Rahmen hinaus ragt die Bedeutung der Ansprachen, die bei dieser Gelegenheit sowohl von dem Präsidenten Dr. Porsch wie von dem Abgeordneten Herold gemacht wurden. Dr. Porsch konnte mit Stolz auf die Einigkeit verweisen, in welcher die Fraktion fast vier Jahre lang zusammenarbeitete. Gerade Präsident Dr. Porsch konnte als Schüler und Zeitgenosse Windthorsts mit Fug und Recht feststellen, daß die Preußische Zentrumsfraktion die Traditionen Windthorsts stets hochgehalten habe. Der seit Jahrzehnten Schulter an Schulter mit Porsch kämpfende Abgeordnete Herold konnte das bestätigen und er hatte ein Recht dazu, sich gegen das Gerede von einem rechten und einem linken Flügel im Zentrum zu wehren. Zentrumspolitik ist Politik der Mitte, ist Politik des Ausgleichs. Auch Herold bestätigte, daß die Traditionen Windthorsts heute im Zentrum noch in genau derselben Weise tätig seien, wie zu Lebzeiten dieses großen Führers. Sehr bemerkenswert war die Feststellung des Abg. Herold, daß das Zentrum schon in der Vorkriegszeit für ein Frauenwahlrecht eingetreten, damals aber von allen Parteien verlassen worden sei. Der Abgeordnete **Gronowski** konnte unter einhelligem Beifall der Versammelten den Führern Porsch und Herold das Vertrauen aller preußischen Zentrumsabgeordneten aussprechen mit dem Danke für ihre, der Partei und dem Vaterlande geleistete Arbeit.

Die Anerkennung der Außenpolitik des Zentrums

wird soeben in einer parteioffiziösen Kundgebung der Deutschen Volkspartei ohne alle Umschweife ausgesprochen. In dieser Kundgebung wird gesagt, daß die bisherige Außenpolitik der Deutschen Volkspartei eine immer größere Anhängerschaft gefunden habe. Diese Feststellung ist um deswillen erfreulich weil es dieselbe Außenpolitik ist, die die Deutsche Volkspartei seit Jahren auf das heftigste bekämpft hat, deren zwingender Logik sie sich aber schließlich beugen mußte, sodaß sie nun schon seit längerer Zeit diese Außenpolitik zu der ihren gemacht hat und dafür sogar den verantwortlichen Leiter stellte. Wenn nun die Deutsche Volkspartei das Verdienst für diese Außenpolitik für sich in Anspruch nimmt, so kann das uns nur mit Freude und Genugtuung erfüllen, denn ein stärkeres Dokument für die Richtigkeit der von uns betriebenen Außenpolitik konnte uns die Deutsche Volkspartei garnicht in die Hand geben.

Zu den Wahlen.

WTB Berlin, 27. Okt. Verordnung des Reichspräsidenten.

Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung verordne ich:

Die Bestimmungen der §§ 2 bis 5 der Verordnung über die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes und die Abwehr staatsfeindlicher Bestrebungen vom 28. Februar 1924 (Reichsgesetzblatt 1 Seite 152) in der Fassung der Verordnung vom 25. April 1924 (Reichsgesetzblatt 1 Seite 429) und vom 17. Juni 1924 (Reichsgesetzblatt 1 Seite 655) werden aufgehoben. Die Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik zur Entscheidung über anhängige Beschwerdesachen bleibt unberührt.

Berlin, den 25. Oktober 1924.

Der Reichspräsident,
gez. Ebert.

Der Reichskanzler, gez. Marx. Der Reichsminister des Innern, gez. Jarres.

WTB Berlin, 27. Okt. Der Amtliche Preußische Pressedienst teilt mit: Der preußische Minister des Innern hat zur polizeilichen Sicherung der Wahlvorbereitungen und Wahlen in einer Rundverfügung an die Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Polizeiverwaltungen es den Polizeiverwaltern erneut zur Pflicht gemacht, allen Störungsversuchen mit größter Entschiedenheit entgegenzutreten. Sobald auch nur der geringste Anlaß zu der Besorgnis besteht, daß es zu erheblichen Störungen kommen könnte, haben die Polizeiverwalter alle zur Aufrechterhaltung der Ruhe, Sicherheit und Ordnung gebotenen Maßnahmen zu treffen und nötigenfalls rechtzeitig die Gestellung der erforderlichen Polizeikräfte zu beantragen. Störungsversuche in den Versammlungen selbst sollen ebenfalls mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln abgewehrt und die Veranstalter im Gebrauch ihres Hausrechts unterstützt werden. Gegen Polizeiverwalter, die es an den erforderlichen und möglichen Schutzmaßnahmen fehlen lassen, wird unnachsichtliches Einschreiten angekündigt. Die Notwendigkeit einer wirksamen Durchführung dieser Anordnung gestattet es nicht die Kräfte der Polizei zu verzetteln durch Sicherung von Umzügen oder Versammlungen unter freiem Himmel, die sich in den letzten Monaten durch das Auftreten der verschiedenen Organisationen in Form von Fahnenweihen, deutschen Tagen, republikanischen Tagen usw. beträchtlich vermehrt haben. Der Minister, der übrigens vor einigen Wochen schon beim preußischen Staatsministerium im Sinne einer Aufhebung der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vorstellig geworden war, wird aus den vorstehenden Gründen seine eigene Verordnung vom 24. Juli 1923 bis zum Wahltage aufrecht erhalten. Die Verordnung, die während der Geltungsdauer des Ausnahmezustandes ihre Bedeutung verloren hatte, beschränkt sich auf das Verbot von Umzügen und Versammlungen unter freiem Himmel und hat sich bisher, besonders in bewegten Zeiten, als eine wirksame Vorbeugungsmaßnahme im Interesse aller Parteien erwiesen.

Zum Führerwechsel bei der Deutschnationalen Volkspartei.



Nach dem Rücktritt des bisherigen Vorsitzenden der deutschnationalen Volkspartei, Hergt, wurde mit der Parteiführung bis zur satzungsgemäßen Neuwahl der Parteiinstanzen der Vorsitzende der preußischen Landtagsfraktion, Landrat a. D. Dr. Winckler, betraut. Im Jahre 1856 in Frankfurt a. O. geboren, studierte Dr. Winckler Jura und wurde 1885 Regierungsassessor in Magdeburg, später Landrat in Zeitz. Den Wahlkreis Naumburg-Zeitz vertrat er als konservativer Abgeordneter im preuß. Abgeordnetenhaus seit 1893. Dem Reichstag gehörte er von 1905 bis 1908 an.

Die deutschnationale Partei in schwerer Krisis.

:: **Berlin,** 26. Okt.

Die **Absetzung des bisherigen Führers der deutschnationalen Volkspartei,** des Abgeordneten und ehemaligen **Staatsministers Hergt,** läßt mit einem Male die seit der Abstimmung vom 29. August hinter verschlossenen Türen entfachte Krisis auf den öffentlichen Markt heraustreten. Es handelt sich nicht allein um eine Krisis in der Führung bei den Deutschnationalen, sondern auch um eine Krisis in ihrer ganzen Politik. Fünf Jahre lang haben die Deutschnationalen **unverantwortliche** Opposition treiben können und sie sind sehr gut dabei gediehen. Weil nun einmal große Volksmassen auch heute noch viel lieber weil viel weniger beschwerlich sich von Wunschideen tragen lassen, als daß sie sich selber über praktisches Wirken und Schaffen unter veränderten Verhältnissen Rechenschaft geben.

Hergt mußte fallen. Die Front, die sich gegen ihn zusammengebildet hat, war zu mächtig geworden. Freilich ist sein Sturz nicht ohne eigenes Verschulden herbeigeführt und auch nicht unverdient. Die Deutsche Zeitung bestätigt ihm, daß seine „fortgesetzten Mißerfolge und Niederlagen **die Partei bis an den Rand des Abgrundes geführt haben"** und darum müsse „jede Rücksicht aufhören". Hergt ist Rurtaktiker gewesen, und das verstrickte ihn allmählich so sehr in agitatorische und direkt demagogische Fesseln, daß er sich nicht mehr daraus zu retten wußte. Wer Hergt in kritischen Situationen im Reichstag sprechen hörte, hatte das Gefühl, daß er etwas ganz anderes dachte, als was er sprach und sein Verhalten wurde oft genug von weiteren Kreisen gerdezu als eine Heuchelei empfunden. Gewiß war Hergt innerlich davon überzeugt, daß **die von der Regierung betriebene außenpolitische Linie die richtige war.** Wäre er das nicht gewesen dann gäbe es gar keine Charakterisierung, die zutreffend genug wäre, um sein Drängen nach einer Beteiligung der Deutschnationalen in dieser Regierung zu rechtfertigen, die diese Politik gemacht hat und deren Politik in feierlichen Erklärungen von den Deutschnationalen selber, solange noch die Aussicht des Ministersessel bestand, gebilligt wurde. Dann gäbe es auch gar kein Wort, das scharf genug wäre, um das Urteil zu sprechen über die merkwürdige Abstimmungskomödie am 29. August, in welcher auch die 48 Jasager demonstrativ mit der rechten Hand die Nein-Zettel in die Höhe hielten, während sie mit der Linken den weißen Ja-Zettel abgaben!

Die Absetzung Hergts bedeutet, allgemeinpolitisch genommen, den **Sieg der scharfen oppositionellen Richtung bei den Deutschnationalen.** Hergt mußte als Opfer fallen, nachdem er zwar für sich persönlich im Reichstage erklärt hatte, er könnte „nicht anders", während er aber die Regie so führte, daß 48 seiner Fraktionsgenossen doch „anders" konnten! Und diesen 48 geht es jetzt an den Kragen. Das ist der Sinn der Krisis bei den Deutschnationalen. Wenn die Deutschnationale Volkspartei sich nun jetzt in dem preußischen Landtagsmitglied Winckler einen Vorsitzenden gab, so kann für Eingeweihte gar kein Zweifel darübern bestehen, daß Winckler nur der Platzhalter für den kommenden Führer ist, von dem die Deutsche Zeitung fordert, daß es ein Mann mit „hoher geistiger Schwungkraft" sei, den man sich darauf ansehen müsse, „ob er frisch und unverbraucht genug ist, die ausgefahrenen Geleise der bisherigen Parteipolitik zu verlassen."

Was jetzt bei den Deutschnationalen vorgeht, beleuchtet sehr grell die letzten Vorgänge und das Ziel, das die Deutschnationalen verfolgten.

Von der Wirtschaftspartei.

WTB Iserlohn, 26. Okt. (Drahtb.) Hier begann heute morgen die 14. Tagung des Westfälischen Haus- und Grundbesitzervereins. Der Vorsitzende des Verbandes, Baumunternehmer Lühnenschloß, eröffnete die Sitzung mit einer Ansprache, in der er die erschienenen Vertreter der städtischen und staatlichen Behörden und der Presse begrüßte. Das Hauptreferat hielt der Abg. der **Wirtschaftspartei** Universitätsprofessor Dr. Bredt Marburg, der sich über die 3 Fragen der Zwangswirtschaft, Gestaltung der Miete und Aufwertung verbreitete. Als Niederschlag seines Referats ergab sich für ihn ein Eintreten für die Wirtschaftspartei und **eine Ablehnung der parlamentarischen Vertretung durch die politischen Parteien.** Den Hauptteil der Tagung nahm die Besprechung der Stellung der Haus- und Grundbesitzer zu den kommenden Reichstagswahlen ein. Fast einstimmig trat man den Ausführungen des Hauptreferenten Dr. Bredt bei.

Bei dieser Gelegenheit erscheint es angebracht, ein wenig auf die parlamentarische Geschichte des „Wirtschaftspartei" zurückzukommen. Sie zog in den letzten Reichstag ein mit 4 (vier) Abgeordneten. Da eine solche **Zwergpartei** keine Fraktion bilden, also auch keinen Antrag stellen kann und so zur parlamentarischen **Ohnmacht** verurteilt ist, suchten die Wirtschaftler **Anschluß bei größeren Parteien,** wurden aber überall **abgewiesen.** Schließlich warfen sie sich zusammen mit zwei anderen Zwergparteien, dem bayer. **Bauernbund** und den **Deutschhannoveranern** und erreichten so endlich „Aktionsfähigkeit" als Partei. Welche innere Geschlossenheit und welch große Stoßkraft ein solches Parteigemengsel hat, kann sich jeder leicht denken. — Da die Wirtschaftler, wie oben berichtet, die **politischen** Parteien **ablehnen,** müssen sie — von Partei wegen! — ihre eigenen „Fraktions"mitglieder bekämpfen.

Die Kandidaten der Demokraten in Westfalen-Süd.

WTB Hagen, 26. Okt. Der Bezirksparteitag der demokratischen Partei im Wahlkreis Südwestfalen, der heute hier im Parthaus tagte, stellte folgende Kandidatenliste auf:

Reichstag

Reichstagsabgeordneter Ziegler, Siegen
Fabrikant Ebeling, Westhofen
Stadtinspektorin Fräulein Clever, Dortmund
Schuhmachermeister Dossau, Herdecke
Landwirt Stöter, Bommerholz
Studienrat Dr. Otto, Hagen
Justizrat Graumann, Altena
Geschäftsführer Dockotz, Dortmund
Postsekretär Stuhlmann, Hörde
Kaufmann August Bald, Berleburg.
Für den [illegible] Höpker Anhoff, Hamm

Landtag

sind bis jetzt vorgesehen:
Landtagsabgeordneter Oberlandesgerichtsrat Dr. [illegible]
Bäckermeister Hourtz, Bochum
Fräulein Donhoff, Soest
Fabrikant Ewald Becher, Hagen
Studienrat Dr. Lorenz, Bochum
Obermeister Ravene, Dortmund
Oberbahnaufsicht Heinzerling, Arnsberg.

Die Kandidatenliste für den Landtag soll noch vervollständigt werden.

Landtagswahlen auch in Sachsen?

Leipzig, 27. Okt. Der Landesparteitag der sozialdemokratischen Partei entschied sich in einer einstimmig angenommenen Entschließung für die sofortige Auflösung des Landtages und beauftragte die Landtagsfraktion, die Auflösung zu zu betreiben, daß die Neuwahlen zum Landtag zusammen mit den Reichstagswahlen am 7. Dezember 1924 erfolgen können.

Der Reichskanzler kommt nach Münster.

Hagen, 26. Okt. Der Provinzialparteitag der Westfälischen Zentrumspartei tritt bereits am **Dienstag,** dem 4. November 1924, vormittags 11 Uhr, im großen Saale des katholischen Gesellenhauses zu Münster i. W., Aegidiestraße 21, zusammen; der Provinzialausschuß wird am gleichen Tage, nachmittags 4 Uhr, zusammentreten. Die Wahlkreisvertretungen **Westfalen-Nord** und **Westfalen-Süd** treten schon am 3. November 1924 zur Aufstellung der Wahlbewerber für den deutschen Reichstag und den preußischen Landtag zusammen. Die Wahlkreisvertretung von Westfalen-Nord versammelt sich an diesem Tage um 2 Uhr im großen Saale des katholischen Vereinshauses zu Hamm i. W., Oststraße 3; die Wahlkreisvertretung Westfalen-Süd tagt ebenfalls um 2 Uhr und zwar im großen Saale des katholischen Vereinshauses zu Hamm-Süden, Alleestraße 2. Diesen Tagung wird eine Sitzung des Provinzialvorstandes vorausgehen. Mit dem Provinzialparteitag ist eine große öffentliche Kundgebung der westfälischen Zentrumspartei in der Stadthalle zu Münster i. W verbunden, zu der der Reichskanzler Marx sein Erscheinen bestimmt zugesagt hat. Die Einladungen zum Provinzialausschuß, zum Provinzialparteitag und zu den beiden Wahlkreisvertretungen werden den Delegierten in diesen Tagen zugestellt.

Von Rhein und Ruhr.

Die Diskussion über den Amnestiegesetzentwurf auf den 13. November festgesetzt.

WTB Paris, 25. Okt. Die Diskussion über den Amnestiegesetzentwurf im Senat ist von der zuständigen Kommission auf den 13. November festgesetzt worden. Die Kommission hat die fakultative Wiedereinstellung der aus Anlaß des letzten Eisenbahnerstreiks gemaßregelten Eisenbahner ausgesprochen.

Essen, 25. Okt. Die Regiedirektion Essen teilt der Industrie- und Handelskammer zu Essen mit, daß zur Erleichterung der Abrechnung am 16. November 1924, dem Tag der Uebergabe der Regiebahn an die Reichsbahngesellschaft, mit Gültigkeit vom 28. Oktober d. J. von den Güterabfertigungsstellen keine Sendungen mehr angenommen werden, die mit Barvorschüssen oder Nachnahmen belastet sind.

Die Kredite für die deutsche Industrie zum 15. Dezember in Sicht?

Berlin, 26. Okt. Die Vossische Zeitung meldet aus Newyork, daß die Kredite der mit dem Bankhaus Warburg verbundenen American and Continental Corporation für die deutsche Industrie bis zum 15. Dezember abgeschlossen sein werden.

Die Sparkassen garantieren Wertbeständigkeit
vergüten zeitgemäße Zinsen und
versorgen die lokale Wirtschaft mit
billigem Kredit
Darum bringt Eure Ersparnisse zur
SPARKASSE

Ausland.

Die Außenpolitik Frankreichs.

:: **Berlin**, 26. Okt.

Die Entwicklung in der französischen Politik seit der Londoner Konferenz zeigt, daß Herriot immer festeren Boden gewinnt. Sehr charakteristisch für die Verstärkung der Stellung Herriots war der Verlauf des Kongresses der radikalen Partei Frankreichs, der vor kurzem in Boulogne-sur-mer abgehalten wurde. Hier erhielt Herriot förmlich eine Blanco-Vollmacht für seine Politik nach innen und außen. Gewiß hat Herriot sehr viele Gegner, aber die Parteien können sich der wachsenden Strömung im Lande nicht mehr entziehen, die dahin geht, **eine Außenpolitik zu betreiben die von der Poincaréschen Linie grundsätzlich abweicht.** Die radikale Partei führt in Frankreich die Regierung. Sie wird unterstützt von der sozialistischen Partei und von der Gruppe Loucheur ihrer Mitte ist der Ministerpräsident Edouard Herriot, sind die Mitglieder des Kabinetts entnommen. Sollte der Kongreß in aktuellen Tagesfragen Beschlüsse fassen, so würde diesen eine große Bedeutung zukommen, denn diese Beschlüsse werden aller Wahrscheinlichkeit nach die Sanktion der von der französischen Regierung unmittelbar einzuschlagenden Politik darstellen.

Dem Ministerpräsidenten Herriot gebührt das Verdienst, eine **Politik der internationalen Verständigung eröffnet** zu haben. **Großbritannien war hierzu schon seit langem bereit,** aber in Frankreich regten sich große seelische Widerstände. Frankreich hat eben unter dem Kriege unendlich mehr gelitten als England, hat weit größere Opfer gebracht, hat den Feind tief in das Innere des Landes eindringen sehen, und riesige Gebiete des französischen Bodens wurden verwüstet. Daraus erklärt sich die verhängnisvolle Seelenstimmung, deren Ausdruck der Ministerpräsident Raymond Poincare gewesen ist. Die Politik dieses Mannes hat Europa furchtbare Wunden geschlagen. Aber wenn man zur Verständigung kommen will, muß man nicht nur die Handlungen, sondern auch die Motive des anderen erwägen. Die Politik Raymond Poincares wurde von der französischen Bevölkerung in der Wahl vom 4. Mai 1924 verworfen, der nationale Block geschlagen und die linke Seite des Parlamentes ergriff die Herrschaft. Sie berief Edouard Herriot an die Spitze der Regierung und dieser veranlaßte gemeinsam mit dem englischen Ministerpräsidenten Macdonald jene Londoner Konferenzen, die dazu bestimmt waren, den Dawes-Plan in die Tat umzusetzen. Die verständige gemäßigte Haltung, die Macdonald und Herriot einnahmen, beraten von dem belgischen Ministerpräsidenten Theunis, ein wenig gedrängt durch die amerikanischen Bankiers, deren Geld alle drei brauchten, schuf die Voraussetzung der Verständigung mit dem Deutschen Reich, in die der deutsche Reichskanzler Marx einschlug. Es war eine Tat und sie muß namentlich Herriot angerechnet werden, da er in seinem Lande einen weit schwereren Stand hatte als Macdonald in England.

Die Erfolge Herriots in der Außenpolitik haben ihn nun offenbar ermutigt auch im Inneren Erfolg zu suchen. Wie stark er sich dabei fühlt, geht daraus hervor, daß er trotz der scharfen Gegnerschaft, die ihm dabei erwächst, in diesem Augenblick die Aufhebung der französischen Botschaft beim Vatikan betreibt. Der Sinn dieser Maßnahme kann nach Lage der Dinge nur der sein, den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zum Vatikan überhaupt herbeizuführen. Im Jahre 1904 ist ein solcher Abbruch bereits erfolgt. Im Jahre 1921 wurde der Verkehr wieder aufgenommen, ein französischer Botschafter an den Vatikan, ein Apostolischer Nuntius nach Paris entsendet. Nunmehr soll der französische Botschafter abberufen, der Apostolische Nuntius nach Hause geschickt werden. Die gesamte katholische Bevölkerung von Frankreich empfindet diese Maßnahme als einen Faustschlag. Den Einspruch der französischen Kardinäle hat Herriot mit Ironie zurückgewiesen.

Was bezweckt Herriot mit diesen unnatürlichen Maßnahmen? Wenn nichts anderes, so muß er damit ein Versprechen einlösen, das er gegeben hat, um eine Regierungsmehrheit zu bilden. Er steht innerhalb seiner Partei auf einer so extremen Seite daß er im Zentrum der Kammer keine Unterstützung finden kann. Um regieren zu können, ist er auf die Unterstützung der 104 Mann starken sozialistischen Gruppe angewiesen und die hat ihm die Kampfpolitik diktiert.

Mit diesen neuesten Maßnahmen ist Herriot auf dem besten Wege, durch seine innere Politik alles das wieder zu zerschlagen, was er außenpolitisch in die Wege geleitet hat.

Ein 3 Milliarden-Kredit für Frankreich.

WTB Paris, 26. Okt. Oeuvre zufolge soll der Finanzminister gestern mit der Bankgruppe Morgan die Auflegung einer Anleihe von 3 Milliarden Franken unterzeichnet haben, von der ein Teil zur Rückzahlung der von der Banque de France geleisteten Vorschüsse dienen soll. Die Operation soll in zwei Abschnitten erfolgen. Die Emission des ersten Teiles soll Anfang November in Amerika stattfinden.

Kampf gegen die Lebensmittelteuerung.

WTB Paris, 25. Okt. Um den Kampf gegen die Lebensmittelteuerung zu begünstigen, hat der Finanzminister beschlossen, daß alle lebenswichtigen Produkte, namentlich Lebensmittel, von der Umsatzsteuer ausgeschlossen werden.

Der französische Handelsminister über die deutsch-französischen Handelsbeziehungen.

WTB Paris, 26. Okt. Der Kongreß der französischen Handelsräte, der seit Montag in Lyon tagte, wurde heute durch Handelsminister Raynaldi geschlossen. Reynaldi hielt eine Rede, in der er sich über die Handelsbeziehungen zwischen Frankreich und Deutschland aussprach. Er sagte: Die friedlichen Beziehungen zwischen der Industrie und dem Handel Frankreichs und Deutschlands müßten durch gute Abwägungen der Konzessionen und durch gegenseitige Rücksichtnahme auf die parallele Entwicklung ihrer Produktion, die viel öfter einander ergänzen als gegeneinander arbeiten, wiederhergestellt werden. Das seien die Regeln, unter denen am 6. November die Handelsvertragsverhandlungen wieder aufgenommen werden. Frankreich werde sich bemühen, sie zur Anwendung zu bringen. Nach dem provisorischen Handelsvertrag soll ein weitgehendes, den Verhältnissen besser angepaßtes Einvernehmen erzielt werden.

Rußland und die Westmächte.

WTB London, 27. Okt. Die Sowjetvertretung hat die britische Protestnote bereits nach Moskau gekabelt und erwartet eine unverzügliche Antwort. Wie Star berichtet, habe Macdonald die Note aus Moskau letzten Dienstag entworfen. Er hätte seine Note an Rakowski nicht gesandt ohne den vollständigen Beweis für die Echtheit des wichtigen Dokuments, das über Riga nach London gekommen war, im Hauptpostamt von dem Geheimdienst abgeschrieben und photographiert, und hierauf wieder versiegelt an den Zentralausschuß der britischen Kommunistischen Partei weiterbefördert wurde. Weder Macdonald noch seine Minister würden weiter für den Vertrag mit Rußland und für die Anleihe eintreten, bevor volle Genugtuung für den gegen England verübten Täuschungsversuch geleistet werde. Evening Standard zufolge erwarten die Konservativen einen großen Gewinn als Folge der Enthüllungen.

Die Antwort Rakowskis auf die Note des Foreign Office.

London, 27. Okt. Rakowski erinnert in seiner Antwort an das Foreign Office an die im Jahre 1923 getroffene Vereinbarung, nach der sich beide Staaten bemühen wollen, alle Streitigkeiten durch eine unmittelbare Aussprache zu klären und daß Noten nur gesandt werden sollen, wenn sich durch ein solches Verfahren kein günstiges Ergebnis erzielen läßt. Er bezeichnet das der Note beigegebene kommunistische Schriftstück mit seinen Ausdrücken als eine plumpe Fälschung und dreisten Versuch, die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu verhindern. Rakowski bemüht sich, nachzuweisen, daß aus dem Inhalt, Kopf und Unterschrift des Schriftstückes genau hervorgehe, daß es eine Arbeit von Leuten darstelle, die mit den Satzungen der kommunistischen Internationale nicht vertraut sind. Der Inhalt sei ein Gewebe von Sinnwidrigkeiten, daß die britische öffentliche Meinung gegen die Sowjets aufbringen solle. Zum Schluß spricht Rakowski die Hoffnung aus, daß die britische Regierung Schritte unternehmen werde, um festzustellen, von wem das Schriftstück herrührt.

WTB Paris, 27. Okt. Havas meldet: In gewissen autorisierten Kreisen wird erklärt, die Regierung stehe im Begriff, sofort und bedingungslos die offizielle Anerkennung der Sowjet-Regierung auszusprechen. Sofort nach Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen würden Verhandlungen aufgenommen, um die Frage der vor der bolschewistischen Revolution vom russischen Reiche kontrahierten Schulden zu regeln und über das Schicksal des sequestrierten Eigentums französischer Staatsangehöriger zu entscheiden.

WTB Paris, 27. Okt. Das Journal des Debats wendet sich heute wiederum gegen die Absicht der französischen Regierung, die Sowjetregierung anzuerkennen. Es herrsche in Rußland ein düsterer Zustand. Wen wolle man anerkennen? Die jetzigen Volkskommissare oder die zukünftigen? Gerade jetzt zeige sich England von den Sowjets abgestoßen und das Bedeutsamste sei, daß das Foreign Office an Botschafter Rakowski einen energischen Protest gegen die sowjetistische Propaganda in Großbritannien habe ergehen lassen. Die britische Regierung habe die Sowjetregierung anerkannt, und trotzdem versuche diese, die britischen Institutionen zu vernichten. Herriot behaupte, er sei Realist. Die Realität aber, wenn er die Sowjets anerkenne, würde die Entfaltung der sowjetistischen Kräfte in Frankreich sein, um die Republik zu unterminieren. Wie wolle der verantwortliche Chef der französischen Regierung Frankreich gegen derartige Umtriebe schützen? Schon kündige man in Moskau an, daß die für Frankreich bestimmte Handelsmission aus 350 Personen zusammengesetzt sei; diese müßten die diplomatische Immunität erhalten. Sei man geneigt, dies zu dulden?

Ehret den Pfennig!

In den vergangenen Jahren ist das Wort vom „Pfennig in Ehren" leider gänzlich in Vergessenheit geraten. Die Inflation hat alle dazu verleitet, die kleinen Beträge nicht mehr zu achten und alle Summen kurzerhand nach oben abzurunden, zuerst auf eine Mark, später auf Hundert, Tausend, eine Million und gar auf Milliarden. Schließlich sind 10 Milliarden Mark zu einem ganzen Pfennig geworden.

Jeder hat sich daran gewöhnt, großzügig auszugeben, und die meisten haben nicht gemerkt, daß seit der Stabilisierung unserer Währung der Pfennig heute wie morgen, in einer Woche und auch nach Monaten immer noch den gleichen Wert behält und fünf von ihnen jetzt eine Summe darstellen, für die man wieder dies und jenes Nützliche zu kaufen vermag.

Kaufleute und Käufer, Kassierer und Zahlende, alle sind immer noch zu leicht geneigt, die Zahlungsbeträge des täglichen Bedarfs willkürlich aufzurunden. Sowohl dem Preisniveau als auch der Sparsamkeit unseres Volkes gereicht dies sehr zum Schaden. Seit Einführung der Rentenmark ist die Kaufkraft des einzelnen Pfennigs wieder hergestellt. Ein jeder muß sie nun auch anerkennen und würdigen. Statt aufzurunden soll man heute die restlichen Pfennige sparen.

Das ist die Sache: Nur einen Pfennig jeden Tag macht einen schönen Taler im Jahr.

Erlaß der englischen Regierung an die Mannschaften und Offiziere der britischen Flotte.

WTB London, 24. Okt. Wie Daily Mail meldet, erließ gestern die Regierung einen Befehl, an die Offiziere und Mannschaft der britischen Flotte, der ihnen jede aktive Beteiligung an den Wahlen verbietet. Das Blatt protestiert schärfstens gegen diese Eingriffe in die persönliche Freiheit.

Zusammenziehung russischer Truppen an der chinesischen Grenze.

WTB Paris, 26. Okt. Chikago Tribune gibt eine Depesche aus Konstantinopel wieder, nach der der russische Volkskommissar für das Kriegswesen Trotzki, gestern Kaukasien verlassen hat, um an der chinesischen Grenze den Oberbefehl über die dort zusammengezogenen Sowjettruppen zu übernehmen. Die Moskauer Internationale kündigt eine intensive Propaganda, verbunden mit einer militärischen Drohung der Sowjetregierung an, um den größten Teil Chinas zu bolschewisieren. 50 000 Mann der Kaukasus-Armee seien unter Befehl Trotzkis eiligst an die chinesische Grenze befördert worden.

Beendigung der Feindseligkeiten mit der chinesischen Regierung.

WTB Paris, 25. Okt. Havas meldet aus Mukden, daß ein Kommunique aus dem Hauptquartier von Tschangtsolin das Ende der Feindseligkeiten mit der chinesischen Regierung ankündigt. — Die Chicago Tribune meldet aus Peking, daß General Feng und der Marschall Tschangtsolin übereingekommen sind, Tuan Chi Jin zum Präsidenten der Republik auszurufen. Die Armeen in Mukden und Peking haben ihre gegenwärtige Stellung beibehalten bis der Frieden endgültig geschlossen sein wird.

WTB Paris, 27. Okt. (Drahtb.) Die Berliner Berichterstatter der Berliner Blätter melden gleichzeitig, die deutsche Regierung habe etwa 60 Sachverständige für die **Handelsvertragsverhandlungen** ernannt, unter denen sich die maßgebenden Persönlichkeiten aus Handel und Industrie Deutschlands befinden. Diese Sachverständigen würden an den Verhandlungen am 5. 11. 24 teilnehmen. Wie wir hierzu erfahren, trifft es nicht zu, daß 60 Sachverständige für die deutsch-französischen Vertragsverhandlungen ernannt würden. Die deutsche Delegation wird vielmehr in der gleichen Zusammensetzung und Zahl wie bei den ersten Verhandlungen am 5. 11. 24 zur Fortsetzung der Verhandlungen in Paris eintreffen. Ebenso unrichtig ist die Meldung, daß Deutschland bei den bevorstehenden Verhandlungen zwischen der Ruhrräumung und den elsaß-lothringischen Kontingenten eine Verbindung herstellen soll. Die Reichsregierung steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die im Vertrage von Versailles vorgesehenen elsaß-lothr. Kontingente nicht verlängert werden sollen.

Der neue Name der norwegischen Hauptstadt.

WTB Essen, 25. Okt. Das amtliche norwegische Konsulat zu Duisburg teilt der Industrie- und Handelskammer zu Essen mit, daß infolge des Gesetzes vom 11. Januar 1924 der Name der Hauptstadt von Norwegen, die jetzt Christiania heißt, vom 1. Januar 1925 ab Oslo sein wird.

Ortsnachrichten aus dem Kreise Olpe.

„" **Olpe**, 28. Okt. Heute abend Seinhalb Uhr findet im Westf. Hof eine **Sitzung des Ortsausschusses** der Zentrumspartei statt.

„" **Olpe**, 28. Okt. Die **Auszahlung der Unfall- und Invalidenrenten** für den Monat November findet bereits **Freitag, den 31. Oktober** statt.

Olpe, 28. Okt. **Hütet das Augenlicht!** Jetzt, wo die Abende immer kürzer werden, die Dämmerung immer früher hereinbricht, liegt für viele die Gefahr nahe, sich das kostbare Augenlicht leichtsinnig zu verderben. Am Abend bleibt man gern im Zimmer und verkürzt sich die Zeit durch Handarbeit oder Lektüre. Um das Licht anzubrennen, ist es in den Dämmerstunden noch zu hell draußen will man sparen — und so wird denn meistens im Dunkeln gelesen und gearbeitet. Natürlich rächt sich solche Unvernunft; viele Kurzsichtige verdanken ihr geschwächtes Augenlicht diesen falsch ausgenutzten Dämmerstunden. Wem also sein niemals zu ersetzendes Augenlicht lieb ist, der vermeide in Dämmerzeiten jede Beschäftigung, die die Sehkraft in Anspruch nimmt. Auch mit dem Anbrennen der Lampen ist in der Zeit der Dämmerung durchaus nichts gebessert, im Gegenteil, das Zwielicht schadet noch mehr. Das Vernünftige ist eben, die Zeit der Dämmerung als eine Ruhestunde zu betrachten.

)(**Hillmicke**, 28. Okt. Soeben wird bekannt daß der hochw. Rektor Clemens in Gelsenkirchen (geb. 1879 in Hillmicke) zum Pfarrer von St. Michael in Hagen ernannt ist. Pfarrer Clemens hat sich große Verdienste erworben durch seine unermüdliche und erfolgreiche Tätigkeit als Diözesanpräses für die kath. Beamtinnenvereine. — Für seine neue Stellung wünschen wir ihm Gottes reichsten Segen!

!! **Wenden**, 28. Okt. Vom Vorstande der Zentrumspartei des Amtes Wenden wird uns mitgeteilt: In dem Verwaltungsstreitverfahren der Zentrumspartei der politischen Gemeinde Wenden gegen die neue Gemeindevertretung in Wenden wegen Ungültigkeit der Gemeindewahlen vom 4. Mai d. Js. hat der Kreisausschuß des Kreises Olpe am 22. Oktober das Urteil gesprochen. In den Entscheidungsgründen des Urteils heißt es u. a.: „Als wesentliche Voraussetzung zur Klageerhebung fehlt ein rechtsgültiger Beschluß der neuen Gemeindevertretung. **Eine solche ist nämlich nach Ansicht des Gerichts überhaupt nicht vorhanden.** Nach dem augenblicklich in Geltung befindlichen Gemeindestatut der politischen Gemeinde Wenden besteht die Gemeindevertretung aus 14 Mitgliedern. Dem entsprechend hätten am 4. Mai 14 Gemeindeverordnete gewählt werden müssen. Anstatt dessen ist bei dieser Wahl nur die Zahl 8 erreicht worden. Wenn aber eine vorschriftsmäßige Gemeindevertretung überhaupt nicht besteht, kann keinerlei rechtsgültiger Gemeindebeschluß zustande kommen. **Vielmehr ist alles, was die angebliche Gemeindevertretung ausführt, als nicht vorhanden anzusehen.**"

00 **Hünsborn**, 28. Okt. Nach dreijähriger segensreicher Wirksamkeit muß Herr Pfarrvikar Ahrens dem Rufe der bischöflichen Behörde folgend, uns verlassen. Die Treue und Anhänglichkeit aller Pfarrangehörigen hatte er sich in kurzer Zeit erworben. Mit Wehmut sieht ihn die Gemeinde in seinen neuen Wirkungskreis nach Holthein, Pfarrei Lichtenau scheiden.

:: **Altenhundem**, 28. Okt. In der Pfarrkirche in Altenhundem werden am Dienstag, dem 28., und Donnerstag, dem 30. ds. Mts., abends 7.30 Uhr, (nicht, wie ursprünglich vorgesehen um 7.45 Uhr), zwei liturgische Predigten gehalten, auf die auch auswärtige Freunde der liturgischen Bewegung aufmerksam gemacht werden. Am Mittwoch, dem 29. Oktober, ist für die Mitglieder der kath. Akademikervereinigung im Zeichensaale der Rektoratschule abends 6.15 Uhr Vortrag über „Liturgische Frömmigkeit".

Provinzielles.

Hagen, 27. Okt. **Vom Auto überfahren.** Am Samstagabend wurde an den Eckeseyerstraße, in der Nähe der Altenhagener Brücke, auf einem ziemlich verkehrsreichen Platz, ein auf Streifkontrolle befindlicher Oberwachtmeister der Schutzpolizei von einem um die Ecke kommenden Automobil angefahren und zu Boden geworfen. Der Verunglückte, der dabei einen komplizierten Oberarmbruch und einen Oberschenkelbruch erlitt, wurde sofort vom Besitzer des Autos nach dem Josephhospital gebracht.

Westhofen, 27. Okt. **Fliegerveranstaltung in Westhofen.** Heute fand hier vor mehreren tausend Zuschauern eine von der West-Flugzeug- G. m. b. H. veranstaltete Fliegerveranstaltung statt. Zahlreiche Schauflüge mit Loopings und Abtrudeln gelangten zur Vorführung. Unfälle ereigneten sich nicht, doch konnte das für Passagierflüge vorgesehene Junkers Ganzmetallkabinenflugzeug wegen Magnetdefekts nicht starten. An einem der Sturzflüge nahm Fräulein Lünenschlöß aus Hagen teil. Zur Absperrung des Fluggeländes war Schutzpolizei in größerer Anzahl herbeigerufen worden.

Herne, 27. Okt. **Selbstmord oder Verbrechen?** Der 33 Jahre alte Bergmann Arthur Breit wurde in der Kirchstraße in einer großen Blutlache aufgefunden. Es wird angenommen, daß ein Verbrechen vorliegt. Die Polizei hat die Untersuchung eingeleitet.

WTB M.-Gladbach, 22. Okt. **In einem Anfalle von Schwermut,** begoß hier ein an der Fließstraße wohnender Mann seine Kleider mit Petroleum und zündete sie an. Er verbrannte sich so schwer, daß er am folgenden Tage starb.

Vermischtes.

WTB Berlin, 26. Okt. (Drahtb.) **Autounfall.** Gestern mittag fuhr auf der Chaussee zwischen Schönwald und Bernau ein Automobil in voller Fahrt gegen einen Baum und wurde vollständig zertrümmert. Von den 6 Insassen war einer sofort tot. 2 andere wurden schwer verletzt und fanden Aufnahme im Bernauer Krankenhaus. Der Eigentümer des Wagens, der den Wagen steuerte, ohne im Besitz eines Führerscheines zu sein, hatte sich nach dem Unfall davon gemacht, ohne sich um die anderen Mitfahrer zu kümmern. Die beiden übrigen Insassen erlitten leichte Verletzungen.

Schiffsunglück. 20 Mann umgekommen.

:: **Berlin**, 25. Okt. In den letzten Tagen wurde die schwedische Ostseeküste, wie der Lokalanzeiger berichtet, von schweren Schneestürmen heimgesucht. Der Motorschoner „Hilde" aus Bremen ist bei Oe grund gestrandet. Bei Oeresker strandete und sank der Gotenburger Dampfer „Frigia", der Holz geladen hatte. Die ganze Besatzung von 20 Mann ist umgekommen.

Zwei Lokomotiven zusammengestoßen. 2. Eisenbahner getötet.

WTB Magdeburg, 21. Okt. Die Magdeburgische Zeitung meldet aus Wittenberg: „Auf dem Bahnhof stießen zwei Lokomotiven gegen einen zum Bahnsteig abgestellten Wagen bei der Weiche zusammen. Bei dem Zusammenstoß wurden der Schaffner Struve und der Hilfswagenmeister Wilke aus Wittenberg getötet. Das Gleise war etwa zwei Stunden gesperrt. Die D-Züge von Hamburg erlitten bis zu einer Stunde Verspätung.

Gestrandet.

WTB Hamburg, 1. Okt. Der nach Hamburg bestimmte englische Dampfer „Admiral Hastings" ist infolge dichten Nebels bei Helgoland gestrandet. Von Cuxhafen sind Schleppdampfer zur Hilfeleistung abgegangen.

Einsturz eines Hauses. Zwei Personen getötet.

WTB Rom, 24. Okt. In Rom stürzte gestern früh ein altes Haus ein, aus welchem alle Mieter, mit Ausnahme einer kleinen Osterie ausgezogen waren. In dieser Osterie wurden zwei Setzer durch den Einsturz getötet, drei andere Personen schwer verletzt.

Wirtschaftliches.

Berliner Börsenbericht.

WTB Berlin, 27. Okt. **Amtliche Produktennotierungen in Goldmark.** Weizen: Märkischer 20,50 bis 21,—. (fletig).

Roggen: Märkischer 19,70—20,20 (fletig).

Gerste: Sommergerste 23—25,60, Wintergerste 20—21,50 (Futtergerste), (ruhig).

Hafer: Märkischer 17,10—18,10 (still).

Weizenmehl: 28,00—32,00 (ruhig).

Roggenmehl: 27,50—31,50 (ruhig).

Weizenkleie 12,50—12,80 (ruhig).

Roggenkleie 12,50—12,80 (ruhig).

Elberfelder Schlachtviehmarkt.

WTB Elberfeld, 27. Okt. (Drahtb.) **Auftrieb:** 1116 Stück Großvieh, 26 dän. Herkunft.

Davon 294 Ochsen; 227 Bullen; 493 **Fresser und** Kühe; 102 Fresser; 2755 Schweine davon 355 holländische, 352 Kälber; 337 Schafe.

Es kosteten 50 Kg. Lebendgewicht:

1. Rinder: A Ochsen: a 48—49; b 44—46; c 36 bis 40; b 25—34. B Färsen und Kühe: a 48—50; b 42—45; c 34—38; b 28—32, e 20—26. C Bullen: a —; b 34—38; c 25—32.

D Jungvieh: a 25—35.

2 Kälber: a —; b 78—82; c 70—75; b 62—63; c 55—60.

3. Weideschafe: a 30—40; b 20—30.

4. Schweine: a 74—75; b 70—75; c 65—68; b —, e 60—65, f 60—70.

Tendenz des Marktes: Großvieh und Schweine schleppt. Es bleibt Ueberstand. Kälber mittel. Einzelne ausgesuchte Tiere über Notiz.

Druck und Verlag: Verlagsanstalt F. J. Ruegenberg, Olpe. Verantwortlich für die Gesamtredaktion: P. Hüttemann, Olpe; für den lokalen und provinziellen Teil, Feuilleton und Vermischtes: A. Rademacher-Olpe; für die Berliner Redaktion: J. V. Krauß, Berlin-Schöneberg; für den Reklamen- und Anzeigenteil: Ed. Ruegenberg, Olpe.



Mutter's Einkauf

Wenn Mutter für die nächste Woche einkauft, darf sie „Schwan im Blauband" nicht vergessen.

Von Tag zu Tag wächst der Kreis der Verbraucher, denn jede Probe bringt feste Kunden.

Achten Sie darauf, dass Sie die Feinkostmargarine „Schwan im Blauband" mit gleicher Sorgfalt behandeln wie feine Süssrahmbutter. Darum kaufen Sie am besten stets frisch gekirnte Feinkostmargarine „Schwan im Blauband" in der bekannten Packung.

Preis 50 Pfennig das Halbpfund.

Schwan im Blauband

frisch gekirnt



Todes-Anzeige.

Heute morgen 2 Uhr entschlief sanft und gottergeben nach längerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, nach öfterem Empfang der hl. Sterbesakramente meine innigstgeliebte Frau, unsere herzensgute Mutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante die

Ehefrau

Heinr. Wigger

Josephine geb. Deimel

im Alter von 57 Jahren. Die Verstorbene war Mitglied des Müttervereins Drolshagen.

Um ein frommes Gebet für die liebe Verstorbene bitten

Heinr. Wigger und Kinder.

Hustert und **Iseringhausen,** den 26. Okt. 1924.

Die Beerdigung findet Donnerstag morgen um 9 Uhr in Drolshagen statt. Danach das feierliche Levitenamt.

Dem scheidenden Hochwürdigen

Herrn Pfarrvikar Ahrens

ein herzliches Lebewohl.

Der herzinnige Dank der Gemeinde für eine dreijährige segensreiche Tätigkeit begleitet ihn in seinen neuen Wirkungskreis.

Sei Gott auch weiter mit ihm und seinen Werken.

Hünsborn, den 27. Oktober.

Katholischer Arbeiterverein,
Zentrumspartei,
Jünglingssodalität,
Jungfrauenkongregation.

Ia. gelbfleischige

Industriekartoffeln

(Saatkartoffeln),

sowie Runkelrüben

liefert ab Lager zu mäßigen Preisen.

2 Waggon Industriekartoffeln

geschlossen abzugeben.

Jos. Hammerschmidt Wwe.,
Grevenbrück i. Westf.
Telefon 81.

Achtung! Achtung!

Meiner werten Kundschaft von Olpe und Umgegend zur gefl. Kenntnis daß ich neben meiner Wasch- und Plättanstalt eine

Färberei u. chem. Reinigung

eröffnet habe. Es werden verarbeitet Damen-, Herrengarderoben, Dekorationen Teppiche jeder Art.

Schnellste Lieferung!

Ludwig Kebbekus, Olpe,
Kölnerstr. 31.



Bracke,

Hündin, hirschrot mit weißen Abzeichen und dunklem Rücken in der Nähe von Elben abhanden gekommen. Halsband trägt Namen.

Richard Ruegenberg,
Olpe, Telefon 214.

Vertreter

d. Lebensmittelbranche

für sofort gesucht.

Schriftl. Ang. unter Nr. †3521 an die Gesch. d. Bl.

Fleißiges, kath.

Mädchen

19 Jahre, von 14 Jahren in besserm Haush. tätig, **sucht sofort Stelle** in ruhigem Haushalt.

Angaben unter †3475 an die Geschäftsst. d. Bls.

Verein ehem. Landwirtschaftsschüler im Kreise Olpe.

Einladung

zu der am **Dienstag, dem 4. November in Elspe** stattfindenden **Gedächtnisfeier** für die im Weltkrieg 1914—1918 gefallenen ehemaligen Schüler der **landw. Schule in Elspe.**

Vormittags 10 Uhr: Feierliches Hochamt in der Pfarrkirche zu Elspe.

Vormittags 11 Uhr: Mitgliederversammlung in der Elsper Schützenhalle.

Nachm. 2,30 Uhr: Gedächtnisfeier mit Enthüllung der Gedenktafel.

Alle ehemaligen Schüler der Elsper landw. Schule werden hierdurch mit ihren Angehörigen zur Teilnahme an der Feier ergebenst eingeladen.

Der Vorsitzende:
Joseph Beckmann.

Zu Allerseelen

empfehle

Grabkränze u. Sträuße

in jeder gewünschten Preislage u. Ausführung sowie

Topfblumen, Primeln u. Chrysanthemum.

Bestellungen werden prompt erledigt.

Ferner

zur Herbstpflanzung alle Sorten Obst-, Beeren- u. Ziersträucher.

Preisofferte auf Wunsch.

Instandhaltung und Umänderungen von Gärten, Baum- und Sträucherschnitt werden prompt und sachgemäß erledigt. (†3487)

Hub. Aßmann, Gartenbaubetrieb
Bonzel, Telefon Oeffentl. Amt Grevenbrück.

A. & W. Saßmannshausen,

Eichen i. W.,
Telefon Nr. 161 Amt Kreuztal
liefern

Personen- Liefer- u. Lastkraftwagen Motorräder.

Vertretung

der Selve-Automobilwerke Aktien-Ges. Hameln für 8/32 und 8/40 Personenkraftwagen Zwei- Vier- u. Sechs-Sitzer

Reparaturwerkstätte.

Wir übernehmen Reparaturen aller Arten Kraftfahrzeuge in allen Fabrikaten und garantieren durch vieljährige Praxis erstklassige und zuverlässige Arbeit bei billigster Berechnung.



Von Freitag, dem 31. Oktober ab, haben wir eine große Auswahl hochtragender und frischmelker

Kühe und Rinder

zum Verkauf stehen.

Julius Moses
S. Rosenberg
Kirchen,
Telef. 193 Amt Betzdorf.

Huftenmittel

wie Fenchelhonig, Thymianhonig, Schwarzwurzelsaft, Menthol-Bonbons, Brustkaramellen, Malz-Bonbons, Emser Pastillen, Sodener Pastillen, Formamint Tabletten empfiehlt

Kreuz-Drogerie
Bern. Frerichmann
— Olpe —



3jähriger

Herdbuch-Bulle A,

gut gefahren, steht zu verkaufen bei †3515

Franz Picker,
Benolpe b. Welschenennest.

Landwirte

beizt euer Saatgut mit

Uspulun

oder

Tillantin

um höhere Ernteerträge zu erhalten.

Beide Mittel sind zu bekommen in der

Kreuz-Drogerie
Bernh. Frerichmann, Olpe

Zweifellos

finden Sie eine **große Auswahl in geschmackvollen Kränzen und Blumen für Allerseelen** sowie sonstige Bedarfsartikel bei

H. Degenhard, Olpe

beim Lyzeum :: Telefon 137.

Frische Schnitt- und Topfblumen zu jeder Zeit.

(†3468)



Henkel's Bleich- u. Waschmittel
gibt schneeweiße Wäsche
spart Seife und ersetzt die Rasenbleiche
Völlig unschädlich. — OHNE CHLOR

Kautschukstempel und Emailleschilder

liefern wir in jeder Größe schnellstens.

Gebrüder Clemens,
Olpe, Martinstraße.

---

3 od. 4-Zimmer-Wohnung

von kleiner ruhiger Familie sofort oder zu Anfang nächsten Jahres gegen Friedensmiete in Olpe oder näherer Umgegend gesucht.

Von wem, zu erfragen unt. Nr. †3400 in der Exped. des Sauerl. Volksblattes

---

Schlachthof Olpe
Freibank.

Mittwoch, vormittag 10 Uhr Verkauf von

Rindfleisch.

Der Schlachthofvorsteher.

Empfehle mich zum

Waschen u. Plätten

von Herren-Wäsche.

Frau Christine Hundt,
Olpe, Westfälischestr. 55.

Am Freitag

Schaf entlaufen,

ziemlich groß, schwarzer Kopf und schwarze Beine. Wiederbringer erhält Belohnung. Vor Ankauf wird gewarnt.

Gerwin Rieslinghausen

Wanderabteilung.

Dienstag, den 28. Okt. abends 8,30 Uhr

Versammlung

im Kölner Hof (Nord. Deimel)

Um vollzähliges Erscheinen bittet

Der Wanderwart.

Städtisches Schauspielhaus, Hagen i. W.

Dienstag, den 28. Oktober, 8—10,30, „Der fliegende Holländer". Reihe B 3.

Mittwoch, den 29. Oktober, 7,30—10,30 „Der liebe Augustin", Operette von Leo Fall.

Donnerstag, den 30. Oktober, 7,30—10,30, „Liselott von der Pfalz", Lustspiel von Presber und Stein.

Freitag, den 31. Oktober, 7,30—10,30 „Der liebe Augustin", Operette von Leo Fall.

Samstag, den 1. November, 7,30—10,30, „Aida" Große Oper von Verdi.

Sonntag, den 2. November, 7,30—10,30, „Der Evangelimann", Oper von Wilhelm Kinzel.

Goldmark-Eröffnungsbilanz (Umstellungs-Bilanz auf Grund Verordnung 28. 12. 1923.

Beratung, Gutachten, Aufstellung bezw. Entwurf der erforderlichen Bilanzen, Berichte, Protokolle, Anmeldungen usw. durch **Ferdinand Beier** von der Handelskammer Siegen öffentlich angestellter und beeidigter Bücherrevisor (von dieser auch vorgeschlagen als Schlichter bei dem von der Vereinigung der südwestfälischen Handelskammern zu errichtenden Schiedsgericht über Goldbilanzstreitfragen).

Der eigene Arzt im Viehstalle

Wenn heute ein Stück Vieh erkrankt, geht der Schaden in die Hunderte. Nicht immer ist der Tierarzt auf dem Lande sofort zur Hand und seine Kosten sind nicht gering. In dem Buche

Des Landwirts Ratgeber in guten und bösen Tagen

von Carl Deutschenau geben die Ober- und Stabsveterinäre Dr. Griebel, Dr. Magerl und Dr. Gehrmann alle Krankheitsanzeichen und die notwendigen Mittel an, die der Landwirt sofort anwenden kann, um erkrankte Haustiere zu retten. Das mit über 100 Abbildungen und mit 3 farbigen zerlegbaren Modellen von Pferd, Kuh und Schwein ausgestattete Buch ist 339 Seiten stark und sehr gut gebunden, nur 5.—.

Vorrätig in der **Ruegenberg'schen Buchhandlung, Olpe, Bahnhofstr.**

Rahma buttergleich

MARGARINE

Man verlange gratis die Kinderzeitung „Der kleine Coco"

In Pfanne, Topf und Kuchenteig gehört nur Rahma buttergleich

K. K. V.

Mittwoch, 29. dss. Mts. abends 8.30 Uhr im Schwanen.